

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

9.5.1932 (No. 107)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verwaltung:
Karlsriedstraße
Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Ständeanzeiger:
Chefredakteur
E. K. Schmidt,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inzident keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsleiter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschlands in der Zeit vom 15. bis 30. April 1932

Durch langsam fortschreitende Arbeitsaufnahme in den Außenberufen wurde der südwestdeutsche Arbeitsmarkt in der zweiten Hälfte des April um weitere 12 458 arbeitsuchende Personen entlastet. Seit Beginn der Frühjahrsebelegung beträgt die Abnahme nunmehr erst rund 26 000 Arbeitsuchende, während in früheren Jahren bei niedrigerem Niveau der Arbeitslosigkeit immer eine weit größere Zahl von Arbeitslosen in den Monaten März und April wieder Beschäftigung fand. Die Gruppen Textilindustrie, Theater und Musik und Angestelltenberufe wiesen in der Berichtszeit sogar noch steigende Arbeitslosenzahlen auf. Am 30. April d. J. waren bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern 325 818 Personen als Arbeitsuchende vorgemerkt; davon kamen 133 404 auf Württemberg und 192 414 auf Baden. Von den Arbeitsuchenden waren 311 325 als arbeitslos anzuführen, und zwar 125 707 in Württemberg und 185 618 in Baden.

Die Entlastung der Unterstützungsanstalten betrug in der Arbeitslosenversicherung 8054 und in der Arbeitslosenversicherung 409 Hauptunterstützungsempfänger. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern war nach der Statistik der Arbeitsämter am 30. April 1932 folgender:

In der Versicherungsanstalt für Arbeitslosenunterstützung:
83 270 Personen (58 216 Männer, 25 054 Frauen), in der Arbeitslosenversicherung:
98 693 Personen (83 028 Männer, 15 665 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten ist weiter um 8463 Personen oder um 4,4 v. H., nämlich von 190 426 Personen (150 167 Männer, 40 259 Frauen) auf 181 963 Personen (141 844 Männer, 40 119 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 76 252 gegen 81 902 und auf Baden 105 711 gegen 108 434 am 15. Apr. 1932.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 30. April 1932 auf 1000 Einwohner 36,2 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 39,2 in der Arbeitslosenversicherung gegen 30,2 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dazu kamen noch rund 66 000 (das sind 13,1 vom Tausend der Bevölkerung) in der öffentlichen Fürsorge unterstützte Wohlfahrtsberuflose, deren Zahl noch immer eine aufsteigende Kurve zeigt.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit hauptsächlich von den Vorgängen in folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

Auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt standen die Anforderungen an Arbeitskräfte nur in einem schwachen Verhältnis zu dem verfügbaren Angebot. Inmitten lebhaft war wiederum die Nachfrage nach jungem weiblichem Dienstpersonal, während männliches Personal infolge der finanziell schwierigen Lage der Landwirtschaft trotz der drängenden Frühjahrsarbeiten immer noch recht schwer untergebracht werden konnte. In der Forstwirtschaft hat die Aufnahmefähigkeit für Holzarbeiter und Kulturarbeitern angehalten. In der Gärtnerei hat der Bedarf an Arbeitskräften in allen Bezirken schon wieder erheblich nachgelassen. In der gesamten Berufsgruppe Rand- und Forstwirtschaft betrug die Abnahme des verfügbaren Kräfteangebots 929 Personen; der Stand an Stellen suchenden belief sich Ende April auf 7144 Arbeitskräfte gegen 8620 Ende Februar.

In der Industrie der Steine und Erden machte die teilweise Wiederaufnahme der Arbeiten in den Ziegeleien bessere Fortschritte als in den Steinbrüchen. Auch die badische Steingutfabrikation konnte einen Teil der entlassenen Arbeitskräfte wieder einstellen, während sich in der Glasindustrie und in der Majolikafabrikation die Arbeitsmarktlage verschlechtert hat. Die Entlastung des Arbeitsmarktes in der Industrie der Steine und Erden ist in der Berichtszeit um 1205 Personen auf 7832 gesunken; seit dem Höchststand am Schlusse des Monats Februar konnten bis Ende April 2500 Kräfte wieder Beschäftigung finden.

In der Metallverarbeitung und in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate scheint der Abgang von 1562 Arbeitsuchenden in den meisten Bezirken weniger auf einer Besserung der Lage in dieser Gruppe zu beruhen, als vielmehr auf die Aufnahme berufsfremder Arbeit in den Außenberufen zurückzuführen zu sein. In einem Bezirk allerdings konnte durch Wiederinbetriebsetzung eines schon längere Zeit stillliegenden Werkes eine Entlastung des Marktes um mehrere hundert Metallarbeiter verzeichnet werden. Im Waggonbau zeigten sich ebenfalls Besserungsverhältnisse. Somit war nur noch die Holz- und Offenfabrikation leicht aufnahmefähig, während sich fast alle übrigen Branchen der Metallindustrie noch auf absteigender Linie bewegten. Unter den Entlassenen waren wieder viel ausgeleitete Lehrlinge. Das verfügbare Kräfteangebot belief sich insgesamt auf 67 470 Personen, 60 991 Männer und 64 79 Frauen.

In der Textilindustrie ist nunmehr auch der Beschäftigungsgrad der Textilindustrie erheblich unter die Produktionskapazität gesunken; in einigen Bezirken wurden bereits Entlassungen in besondere von Feinarbeiterinnen vorgenommen. Die Beschäftigung der Strickwarenindustrie hat ebenfalls eine weitere Einbuße erlitten. In der südwestdeutschen Baumwollindustrie wird die Lage wegen der nahen Auslandskonkurrenz besonders ungünstig beurteilt. In der gesamten Berufsgruppe Spinnstoffgewerbe hat das Kräfteangebot in der Berichtszeit auf 10 000 Arbeitsuchende, 3982 Männer und 6018 Frauen, zugenommen.

In der Papier- und Zellstoffindustrie haben drei Fabriken Entlassungen vorgenommen.

Letzte Nachrichten

Wiederzusammentritt des Reichstags für 3-4 Tage

303. Berlin, 9. Mai. (Tel.) Der Reichstag zeigte heute vormittag wieder einmal das Bild, das die Vorbereitung eines großen Tages mit sich bringt. Von politischen Schlußnahmen ist wenig zu bemerken. Schon zeitig erschienen die Volksvertreter, da sämtliche Fraktionen am Vormittag Sitzungen abhielten.

Zunächst wird Reichsfinanzminister Dietrich sprechen. Dr. Brüning und Dr. Groener werden heute noch nicht sprechen. Sie wollen den Verlauf der Debatte abwarten. Nach der Rede des Reichsfinanzministers werden also zunächst die Parteien zu Worte kommen, deren Redner gegenwärtig in den Fraktionssitzungen bestimmt werden und die Richtlinien für ihre Ausführungen im Plenum erhalten. Die Nationalsozialisten sind damit beschäftigt, noch einige Anträge zu formulieren, insbesondere ihre Mißtrauensanträge.

Die Redezeit der Fraktionen in der heute beginnenden Aussprache soll nach den Vorschlägen des Ältestenrats auf je zwei Stunden begrenzt werden. Trotzdem wird die Tagung des Reichstags drei bis vier Tage in Anspruch nehmen, da auch noch einige kleinere Vorlagen zu erledigen sind.

Hauptgegenstand der Beratungen sind das Schuldenentlastungsgesetz, durch das der Überbrückungskredit von 1930 verlängert wird, und das neue Kreditermächtigungsgesetz für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung, das der Reichstag sodann verabschiedet hat. Mit diesen beiden Gesetzesentwürfen wird die große politische Debatte und die Besprechung der Anträge der Parteien verbunden, in denen Auflösung des Reichstags, Aufhebung der letzten Notverordnungen, Einsetzung von Untersuchungsausschüssen zum Fall Kreuzer und zur Reichspräsidentenwahl und anderes mehr gefordert werden. Die Aussprache am heutigen Montag wird von Reichsfinanzminister Dietrich mit der Begründung des Schuldenentlastungsgesetzes und des Kreditermächtigungsgesetzes eingeleitet werden.

Der Etat für 1932 wird dem Reichstag noch nicht vorliegen. Sollte er bis zum Schluß der Debatte noch nicht an den Reichstag gelangt sein, so würde der Präsident einen Beschluß des Hauses herbeiführen, wodurch der Etat unmittelbar an den Haushaltsausschuß überwiesen wird.

Die Prämieneinleihe zur Arbeitsbeschaffung

Der Gesetzesentwurf über die Erteilung einer Kreditermächtigung, durch den das Reich ermächtigt wird, für Siedlungen, Meliorationen, Beschäftigung Jugendlicher und sonstige Arbeitsbeschaffung Geldmittel in nicht feierlicher Höhe zu beschaffen, und zwar auf dem Wege einer Prämieneinleihe, ist am Samstag in einer Vollsitzung des Reichstags, die von Reichsfinanzminister Dietrich geleitet wurde, in 1. und 2. Lesung endgültig angenommen worden.

Erhöhte Alarmbereitschaft der Polizei

303. Berlin, 9. Mai. (Priv.-Tel.) Für den heutigen Wiederzusammentritt des Reichstags sind von der Polizei umfangreiche Vorkehrungen getroffen worden. Der Reichstag und die Bannelei sind in der üblichen Weise gesichert; darüber hinaus ist aber auch Alarmbereitschaft für die Polizei angeordnet worden.

Demonstrationen in Spanien. Aus Anlaß der Beratung des Katalanischen Status im Parlament ist es in vielen Städten Spaniens zu Demonstrationen und ersten Zwischenfällen gekommen.

In der Lederindustrie war die Entwicklung in der Berichtszeit uneinheitlich. Während in zwei Bezirken größere Entlassungen von Gerbereiarbeitern berichtet wurden, hat sich im Hauptbezirk die Beschäftigung noch verhältnismäßig gut gehalten. In der Simoleumindustrie wurde immer noch kurz gearbeitet. Die Beschäftigung im Tapezier- und Polsterergewerbe blieb schlecht. Die Zahl der arbeitslosen Sattler hat sich durch Entlassung von Autosattlern neuerdings vermehrt. In Holz- und Schnitzstoffgewerbe hat die Wiederaufnahme der Arbeiten in den Sägewerksbetrieben weitere Fortschritte gemacht. Die Besserung der Beschäftigung der Wäuschereien ließ dagegen sehr zu wünschen übrig und in der Möbelindustrie war der Beschäftigungsgrad noch weiter rückläufig. Die Zahl der arbeitsuchenden Holzarbeiter ist in der Berichtszeit um 641 auf 21 277 gefallen.

In Holz- und Schnitzstoffgewerbe hat die Wiederaufnahme der Arbeiten in den Sägewerksbetrieben weitere Fortschritte gemacht. Die Besserung der Beschäftigung der Wäuschereien ließ dagegen sehr zu wünschen übrig und in der Möbelindustrie war der Beschäftigungsgrad noch weiter rückläufig. Die Zahl der arbeitsuchenden Holzarbeiter ist in der Berichtszeit um 641 auf 21 277 gefallen.

In Nahrungs- und Genussmittelgewerbe war in der Tabakindustrie seit längerer Zeit erstmals eine Zunahme der Arbeitsuchenden mehr zu beobachten. Das verfügbare Kräfteangebot ist in der Berichtszeit um 638 Stellen suchende auf 22 926 zurückgegangen.

In Bekleidungsindustrie hat sich die fortschreitende saisonmäßige Belebung weniger auf die männlichen Arbeitskräfte als auf die weiblichen (Schneiderinnen, Hausnäherinnen, Putzmacherinnen und Wäscherinnen) erstreckt. In der Schuhindustrie überwiegen die Entlassungen. In der Wälscherei- und Schuhfabrikation scheint die rückläufige Bewegung des Beschäftigungsgrades zum Stillstand gekommen zu sein.

Das Baugewerbe war in der Berichtszeit wieder diejenige Gruppe, welche die härteste Entlastung erfahren hat. Der Abgang an verfügbaren gelernten Bauhandwerkern betrug über 3200 Mann und an Bauhilfsarbeitern über 1000. In den

Zur Reichspräsidentenwahl in Baden

Von August Albert, Karlsruhe

II. (Schluß.)

Betrachtet man das Wahlergebnis nach Landtagswahlkreisen, so ergeben sich hinsichtlich der Wahlbeteiligung gleichfalls nur geringe Unterschiede. Im nachstehenden sei eine Übersicht über die Wahlbeteiligung und die Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Kandidaten gegeben. Die Zahlen in Klammern bedeuten das Ergebnis des ersten Wahlganges.

1. Wahlkreis: Mehrfach, Stodach, Pfullendorf, Überlingen. Abgegebene Stimmen 39 582, Wahlbeteiligung 84,6 v. H., Sindenburg 25 762, Sittler 11 592, Thälmann 2222 (abgegebene Stimmen 38 341, Wahlbeteiligung 81,9 v. H., Sindenburg 24 557, Sittler 10 592, Thälmann 2643, Düsterberg 456).

2. Wahlkreis: Konstanz. Abgegebene Stimmen 46 603, Wahlbeteiligung 83,7 v. H., Sindenburg 39 513, Sittler 11 790, Thälmann 4293 (abgegebene Stimmen 47 110, Wahlbeteiligung 85,0 v. H., Sindenburg 26 632, Sittler 10 101, Thälmann 6299, Düsterberg 997).

3. Wahlkreis: Donaueschingen, Engen. Abgegebene Stimmen 32 728, Wahlbeteiligung 83,8 v. H., Sindenburg 20 610, Sittler 10 411, Thälmann 1711 (abgegebene Stimmen 31 257, Wahlbeteiligung 80 v. H., Sindenburg 19 872, Sittler 8682, Thälmann 2241, Düsterberg 363).

4. Wahlkreis: Säckingen, Waldshut. Abgegebene Stimmen 41 317, Wahlbeteiligung 81,9 v. H., Sindenburg 27 617, Sittler 10 200, Thälmann 3499 (abgegebene Stimmen 39 698, Wahlbeteiligung 78,7 v. H., Sindenburg 26 200, Sittler 8850, Thälmann 4361, Düsterberg 206).

5. Wahlkreis: Lörrach, Müllheim, Schopfheim. Abgegebene Stimmen 67 058, Wahlbeteiligung 80,9 v. H., Sindenburg 33 632, Sittler 25 115, Thälmann 8083 (abgegebene Stimmen 66 458, Wahlbeteiligung 80,2 v. H., Sindenburg 31 865, Sittler 22 258, Thälmann 10 898, Düsterberg 1272).

6. Wahlkreis: Freiburg-Stadt. Abgegebene Stimmen 57 010, Wahlbeteiligung 81,6 v. H., Sindenburg 39 645, Sittler 13 823, Thälmann 3542 (abgegebene Stimmen 54 706, Wahlbeteiligung 78,8 v. H., Sindenburg 38 830, Sittler 11 797, Thälmann 4750, Düsterberg 2229).

7. Wahlkreis: Freiburg-Land, Staufen, Neustadt, Waldkirch. Abgegebene Stimmen 62 375, Wahlbeteiligung 82,7 v. H., Sindenburg 41 925, Sittler 17 788, Thälmann 2648 (abgegebene Stimmen 74 889, Wahlbeteiligung 99,3 v. H., Sindenburg 40 999, Sittler 15 757, Thälmann 3747, Düsterberg 1482).

8. Wahlkreis: Emmendingen, Lahr. Abgegebene Stimmen 67 128, Wahlbeteiligung 83,6 v. H., Sindenburg 36 123, Sittler 28 648, Thälmann 2326 (abgegebene Stimmen 65 485, Wahlbeteiligung 61,5 v. H., Sindenburg 34 140, Sittler 26 455, Thälmann 3093, Düsterberg 1579).

Monaten März und April hat nunmehr die Arbeitsuchendenzahl im Baugewerbe um über 14 000 Mann abgenommen. Der Stand an verfügbaren Kräften betrug am 30. April 51 526 Mann, 27 944 Facharbeiter und 23 582 Bauhilfsarbeiter. Neubauten sind in allen Bezirken nur wenige in Angriff genommen; die Beschäftigungsmöglichkeiten im Hochbaugewerbe waren nur in Um- und Umbauten und in Reparaturarbeiten geboten.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe ließ die Unterbringungsmöglichkeit für männliche Saisonkräfte noch sehr zu wünschen übrig, während weibliches Saisonpersonal, insbesondere Köchinnen und Küchenmädchen, reger gefragt war. Bei der Anforderung von Kräften an sonstigen Personal wird überall noch große Zurückhaltung beobachtet. Die Kurz- und Padebetriebe scheinen sich größtenteils darauf zu verlassen, daß im Bedarfsfälle genügend Kräfte auf Abruf zur Verfügung stehen.

Im Verkehrsgewerbe brachten die Vorbereitungen für die Einführung des Sommerfahrplans der Straßenbahnen und der Reichsbahn eine geringe Entlastung. In der Mannheimer Schifffahrt wurde ebenfalls eine kleine Belebung festgestellt.

In der Berufsgruppe „Hausliche Dienste“ werden gute Kräfte immer noch gesucht. Aber trotz reger Nachfrage und lebhafter Vermittlungstätigkeit hat die Zahl der Stellen suchenden infolge fortwährenden Anwachsendes des Zugangs von Anfängerinnen und ungeschulten Kräften nur wenig abgenommen.

Für den Arbeitsmarkt in den Angestelltenberufen muß es als besonders schlechtes Zeichen gewertet werden, daß nach den starken Zugängen in der ersten Hälfte des April die Zahl der Stellen suchenden in der zweiten Aprilhälfte nicht abgenommen, sondern noch weiter beträchtlich zugenommen hat.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 17. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

9. Wahlkreis: Billingen, Wolfach. Abgegebene Stimmen 42 155, Wahlbeteiligung 83,1 v. S., Hindenburg 26 086, Götter 13 679, Thälmann 2376 (abgegebene Stimmen 41 547, Wahlbeteiligung 81,9 v. S., Hindenburg 25 061, Götter 12 341, Thälmann 3686, Düsterberg 342).

10. Wahlkreis: Oberkirch, Offenburg. Abgegebene Stimmen 46 083, Wahlbeteiligung 79,2 v. S., Hindenburg 27 077, Götter 15 777, Thälmann 3224 (abgegebene Stimmen 45 127, Wahlbeteiligung 77,5 v. S., Hindenburg 25 270, Götter 14 334, Thälmann 4741, Düsterberg 665).

11. Wahlkreis: Bühl, Rehl. Abgegebene Stimmen 52 111, Wahlbeteiligung 79,8 v. S., Hindenburg 25 779, Götter 23 460, Thälmann 2864 (abgegebene Stimmen 50 670, Wahlbeteiligung 77,6 v. S., Hindenburg 24 498, Götter 21 505, Thälmann 4029, Düsterberg 462).

12. Wahlkreis: Rastatt. Abgegebene Stimmen 46 473, Wahlbeteiligung 79,7 v. S., Hindenburg 37 362, Götter 16 473, Thälmann 5122 (abgegebene Stimmen 58 994, Wahlbeteiligung 79,7 v. S., Hindenburg 36 825, Götter 15 351, Thälmann 6027, Düsterberg 678).

13. Wahlkreis: Karlsruhe-Stadt. Abgegebene Stimmen 92 620, Wahlbeteiligung 77,7 v. S., Hindenburg 51 671, Götter 33 273, Thälmann 7072 (abgegebene Stimmen 93 019, Wahlbeteiligung 78,5 v. S., Hindenburg 52 080, Götter 29 247, Thälmann 9494, Düsterberg 2013).

14. Wahlkreis: Karlsruhe-Land, Ettlingen. Abgegebene Stimmen 57 123, Wahlbeteiligung 73,7 v. S., Hindenburg 29 372, Götter 21 803, Thälmann 6489 (abgegebene Stimmen 55 595, Wahlbeteiligung 71,8 v. S., Hindenburg 28 066, Götter 18 300, Thälmann 7706, Düsterberg 1387).

15. Wahlkreis: Forstheim. Abgegebene Stimmen 63 381, Wahlbeteiligung 77,5 v. S., Hindenburg 28 017, Götter 28 313, Thälmann 7050 (abgegebene Stimmen 64 849, Wahlbeteiligung 79,3 v. S., Hindenburg 27 541, Götter 21 272, Thälmann 10 878, Düsterberg 4982).

16. Wahlkreis: Bretten, Bruchsal. Abgegebene Stimmen 53 780, Wahlbeteiligung 77,4 v. S., Hindenburg 30 565, Götter 19 196, Thälmann 4011 (abgegebene Stimmen 53 089, Wahlbeteiligung 76,4 v. S., Hindenburg 29 842, Götter 16 567, Thälmann 5141, Düsterberg 1418).

17. Wahlkreis: Sinsheim, Wiesloch. Abgegebene Stimmen 40 249, Wahlbeteiligung 84,9 v. S., Hindenburg 20 908, Götter 17 334, Thälmann 2035 (abgegebene Stimmen 39 724, Wahlbeteiligung 83,8 v. S., Hindenburg 20 317, Götter 15 400, Thälmann 2625, Düsterberg 1244).

18. Wahlkreis: Mannheim-Stadt. Abgegebene Stimmen 157 960, Wahlbeteiligung 79,4 v. S., Hindenburg 92 641, Götter 42 271, Thälmann 22 399 (abgegebene Stimmen 164 188, Wahlbeteiligung 83,0 v. S., Hindenburg 93 842, Götter 35 226, Thälmann 32 041, Düsterberg 2001).

19. Wahlkreis: Mannheim-Land, Weinheim. Abgegebene Stimmen 51 379, Wahlbeteiligung 81,9 v. S., Hindenburg 23 080, Götter 18 736, Thälmann 8143 (abgegebene Stimmen 53 773, Wahlbeteiligung 85,6 v. S., Hindenburg 24 034, Götter 17 768, Thälmann 11 695, Düsterberg 692).

20. Wahlkreis: Seidelberg. Abgegebene Stimmen 80 801, Wahlbeteiligung 87,0 v. S., Hindenburg 42 509, Götter 31 161, Thälmann 7123 (abgegebene Stimmen 82 640, Wahlbeteiligung 89,0 v. S., Hindenburg 42 064, Götter 28 197, Thälmann 9644, Düsterberg 2544).

21. Wahlkreis: Adelsheim, Mosbach. Abgegebene Stimmen 31 823, Wahlbeteiligung 78,2 v. S., Hindenburg 16 932, Götter 13 697, Thälmann 1185 (abgegebene Stimmen 31 045, Wahlbeteiligung 85,0 v. S., Hindenburg 16 144, Götter 12 740, Thälmann 1514, Düsterberg 574).

22. Wahlkreis: Buchen, Tauberbischofsheim, Wertheim. Abgegebene Stimmen 44 769, Wahlbeteiligung 85,6 v. S., Hindenburg 29 741, Götter 14 234, Thälmann 782 (abgegebene Stimmen 43 853, Wahlbeteiligung 81,9 v. S., Hindenburg 28 772, Götter 13 935, Thälmann 1073, Düsterberg 959).

Land im ganzen:

Abgegebene Stimmen 1 285 817, Wahlbeteiligung 81,6 v. S., Hindenburg 737 789, Götter 439 765, Thälmann 107 989 (abgegebene Stimmen 1 285 960, Wahlbeteiligung 81,7 v. S., Hindenburg 720 412, Götter 385 505, Thälmann 148 326, Düsterberg 28 546).

Wie bei der letzten Betrachtung über die Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl in Baden, wurden auch dieses Mal in den „Hindenburg-Stimmen“ diejenigen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Konserativen Volkspartei und des Evangelischen Volksdienstes zusammengefaßt.

Die Zusammenstellung zeigt, daß die Hindenburg-Wähler 57,3 v. S. aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen gegenüber 56,0 v. S. im ersten Wahlgang, 34,1 v. S. aller abgegebenen Stimmen entfielen auf Götter, der im ersten Wahlgang 29,9 v. S. aller abgegebenen Stimmen erhalten hatte. Auf Thälmann entfielen 8,6 v. S. aller abgegebenen Stimmen, während es im ersten Wahlgang 14,1 v. S. waren.

Das prozentuale Stimmenergebnis in den einzelnen Wahlkreisen ist folgendes:

Wahlkreis:	Hindenburg v. S.	Götter v. S.	Thälmann v. S.
1	65,3	29,2	5,5
2	65,5	25,3	9,2
3	63,0	31,7	5,3
4	66,7	24,6	9,7
5	55,1	37,4	2,5

Wahlkreis:	Hindenburg v. S.	Götter v. S.	Thälmann v. S.
6	69,5	24,2	6,3
7	67,2	28,5	4,3
8	53,8	42,6	3,6
9	61,8	32,3	6,9
10	58,7	34,2	7,1
11	49,4	45,0	5,6
12	63,3	27,6	9,1
13	55,7	35,9	9,4
14	51,4	38,1	10,5
15	44,2	44,6	11,2
17	51,8	43,0	5,2
18	58,6	26,7	14,7
19	44,9	36,4	18,7
20	52,6	38,5	9,9
21	53,2	43,0	3,8
22	66,4	31,7	2,9
16	56,8	35,6	8,6

Somit haben die in der Hindenburgfront vereinigten Parteien in allen Wahlkreisen mit Ausnahme des 11. Bühl, Rehl, des 15. Forstheim und des 19. Mannheim-Land, Weinheim die absolute Mehrheit.

Ein Landtag, der auf Grund dieser Zahlen nach dem noch geltenden Wahlgesetz, gewählt worden wäre, würde etwa 129 Abgeordnete zählen. Davon kämen auf die Parteien die für Hindenburg gestimmt haben 74, auf die Nationalsozialisten 44 und auf die Kommunisten 11 Mandate. Die Hindenburg-Parteien hätten somit gegenüber den Nationalsozialisten und Kommunisten immer noch eine Mehrheit von 19 Mandaten.

Sieg der Linken in Frankreich

Das vorläufige Endergebnis der Wahlen

W.D. Paris, 9. Mai. (Tel.) Das französische Innenministerium veröffentlicht heute früh einen vorläufigen Überblick über das Wahlergebnis, der 602 Kammerkreise umfaßt. Das Ergebnis nach dem zweiten Wahlgang lautet:

Parteien	bisherige Stärke	nach dem 1. Wahlg.	nach dem 2. Wahlg.
Rechtsstehende	8	3	5
Rep.-Dem. Bgg. (Marin)	90	44	76
Unabh. Republikaner	26	13	28
Kath. Demokraten	19	10	16
Linksrepublik. (Larabie)	101	37	72
Rechtsstehende Radik.	90	25	61
Radikale (Herriot)	109	63	156
Sozialrepublik. und rechtsstehende Sozialisten	32	9	36
Sozialisten	112	40	129
Unabh. Kommunisten	5	3	11
Kommunisten	10	1	12

Zum Verständnis dieser Übersicht sei angeführt, wie sich nach der bis zu den Wahlen üblichen Einteilung die einzelnen Parteien in der Kammer verteilt haben:

Unabhängige	42
Republ.-Dem. Union (Marin)	85
Demokr.-Soz. Aktion (ehem. Maginot)	30
Bei keiner Partei eingeschrieben	20
Katholische Demokraten	18
Linksrepublikaner (Larabie)	63
Soziale und radikale Linke (Franklin Bouillon)	16
Radikale Linke (Louchere)	50
Unabhängige Linke	28
Radikale	109
Sozialrepublikaner	13
Rechtsstehende Sozialisten	13
Sozialisten	111
Kommunisten	11

Bei den Stichwahlen in 12 elffährigen Wahlkreisen hat die elsässische Heimatsbewegung neue Erfolge zu verzeichnen. Das Elfaß ist nunmehr in der französischen Kammer durch 11 Heimatsrepublikaner der verschiedenen Volksfrontparteien vertreten, 4 Autonomiefeinde und 1 Unabhängigen (Vurus).

Die Lage in Frankreich

W.D. Paris, 9. Mai. (Priv.-Tel.) Die Befürchtung führender Persönlichkeiten der Linksparteien, daß das von einigen rechtsstehenden Blättern propagandistisch ausgenutzte Attentat auf Doumer die Bevölkerung zu einer Revision der bereits im ersten Wahlgang befundenen Stellungnahme veranlassen könnte, sind nicht eingetroffen.

Das unbeeinträchtigte Festhalten der französischen Wähler liefert den Beweis, daß die Ursachen des Frontwuchses tiefer und vor allem wirtschaftlicher und außenpolitischer Art sein müssen. Das französische Volk hat die Überzeugung gewonnen, daß die bisherige Politik nicht die versprochenen Resultate zeitigte. Die Mehrheit des französischen Volkes mißbilligt die französische Außenpolitik, die immer sagte, was man nicht wollte, aber niemals vor der Welt klar legte, was man eigentlich beabsichtige. Namentlich die Stellungnahme der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz hat weite Kreise des bürgerlichen Mittelstandes nachdenklich gestimmt. Vor allem aber sind wirtschaftliche Gründe entscheidend gewesen, da die Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise auf immer mehr französische Industriezweige übergriffe.

Die neugewählten Abgeordneten werden, bevor sie an die Arbeit gehen, eine neue Gliederung der Parteien der Mitte vorzunehmen haben. Das Ausland interessiert die Frage, wer nunmehr regieren wird. Um jedoch ein einigermaßen sicheres Urteil fällen zu können, wird man den Zusammentritt der neuen Kammer, der am 1. Juni erfolgt, abwarten müssen, und vielleicht noch eine gewisse Zeit darüber hinaus, bis man nach Fraktionen scheidet und die neu zu ordnende Mitte der Kammer überblicken kann.

Der einwandfreie Sieg der Linksparteien beim 2. Wahlgang wird von der gesamten Pariser Presse anerkannt.

Herriot lehnt eine Erklärung ab

W.D. Paris, 9. Mai. (Tel.) Herriot hat die Ergebnisse der Kammerwahlen in Lyon erfahren, wo er am Orte der Einsturzkatastrophen geweilt hatte. Als er die bedeutenden Wahlgewinne der Radikalen erfuhr, erklärte er, daß er sich darüber freue. Im Augenblick könne er jedoch keine politische Erklärung abgeben, da seine Aufmerksamkeit von der Fürsorge für die Opfer der Katastrophe in Anspruch genommen sei. Kurz nach Mitternacht ist Herriot nach Paris abgereist.

Eine englische Stimme

W.D. London, 9. Mai. (Tel.) „News Chronicle“ bezeichnet das französische Wahlergebnis als eindeutiges und befriedigendes Zeichen für die Stimmung und Absichten der französischen Demokratie. Die Hoffnung auf wirklichen Frieden in Europa sei jetzt besser als je.

Eine außenpolitische Rede Brünings

Abrüstung und Reparationen

Der Berliner Verband der auswärtigen Presse veranstaltete am Sonntag im Neuen Rathaus in Berlin-Schöneberg eine politische Matinee, in deren Mittelpunkt eine große außenpolitische Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning stand, die auch im Rundfunk übertragen wurde.

Der Reichskanzler ging eingangs auf die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg ein. Jetzt heiße es, sich einhellig hinter den Reichspräsidenten zu scharen, um der internationalen Autorität seiner Persönlichkeit bei den kommenden außenpolitischen Aktionen die moralische Stützkräft hinzuzufügen, die der einzige Wille eines großen Volkes dem Oberhaupt der Nation zu sichern vermöge. Das sei gerade das Unglück des Versailler Friedensvertrages und der ihm nachgemodelten anderen Friedensschlüsse gewesen, daß man geglaubt habe, daß einzelne Länder sich alles Gute und Wertvolle sichern könnten, während den Besiegten zuzufügen nur die Tränen gestattet werden könnten, um ihr Unglück zu beweinen. Von einer solchen unmöglichen, naturwidrigen Friedenskonzeption gehe alles Verhängnis aus.

Es habe sich zwar vieles gegenüber Deutschland zum Besseren gewendet. Die Atmosphäre des Hasses, die Deutschland jahrelang nach dem Kriege entgegenrat, sei vielfach gewichen. Aber in Vielem bestehe diese Ungleichheit fort, z. B. auf dem Gebiete der Abrüstung. Deutschland wolle, wie auf allen Gebieten, so auch auf dem der Abrüstungsfrage, seine Sonderrechte, seine Privilegien, es wolle nichts als die Gleichheit und die Beseitigung eines Zustandes, der Deutschland auf den Stand der Wehrlosigkeit herabdrücke. Vor wenigen Tagen, so fuhr der Kanzler fort, sei unser Land erregt worden durch das Gerücht von einer bevorstehenden Besetzung Danzigs. Das Gerücht war unbegründet, aber wie hätte es so tiefe Beunruhigung, so tiefe Sorgen vor einem Konflikt mit allen seinen unausdenkbaren Folgen herbeiführen können, wenn eben nicht diese Ungleichheit bestanden hätte.

Was von der Abrüstungsfrage gelte, gelte auch im gleichen Maße von der Reparationsfrage. Richtig sei in allen denkbaren Fällen die Überzeugung Gemeingut, daß Deutschland die ungeheuren ihm auferlegten Zahlungen nicht leisten könne, ja, daß diese Zahlungen entscheidend dazu beigetragen hätten, den wirtschaftlichen Wirrwarr in der Welt herbeizuführen. Deutschland habe für den von ihm verlorenen Krieg wie wohl kaum ein Volk in der neueren Geschichte, gelitten und Opfer bringen müssen, einmal aber müßten diese Opfer ein Ende haben. Einmal müsse der Schlüsselschritt gemacht werden. Auf die Lausanner Konferenz seien nun die Pläne der Gutgefinnten aller Völker gerichtet. Was nun tue, sei nicht eine Multiplikation von Konferenzen, sondern die beschleunigte und die ganze Tat.

Der Reichskanzler brachte zum Schluß seinen festen Glauben an die unabhängige Zukunft des deutschen Volkes zum Ausdruck.

Verwaltungsratsführung der B33

Günstiger Eindruck der französischen Wahlen

W.D. Basel, 9. Mai. (Tel.) Der Verwaltungsrat der B33 ist heute vormittag zu seiner 21. Sitzung zusammengetreten. Den vom Präsidenten des Rates, McGarrah, geleiteten Verhandlungen wohnten deutscherseits Reichsbankpräsident Dr. Luthner, Bankier Melchior, Generaldirektor Reusch und Generalfinanzrat Dr. Rode bei. Im Hinblick auf die morgige Generalversammlung der B33 sind diesmal sämtliche Verwaltungsratsmitglieder anwesend. Insgesamt sind 44 führende Persönlichkeiten der internationalen Finanzwelt anwesend; 12 Staaten repräsentieren. Die europäischen Emissionsbanken sind bis auf ganz wenige Ausnahmen vollzählig vertreten. In den Kreisen dieser Finanzleute hat das Ergebnis der französischen Kammerwahlen einen sehr günstigen Eindruck gemacht.

Weitere Verlängerung der internationalen Ausfuhrkredite. In der Vorgesprächung der Notenbankleiter am Tage der B33 in Basel am Samstag war man sich prinzipiell über die weitere Verlängerung des 90 Millionen Dollar betragenden Kreditkontokredits an die Reichsbank um 3 Monate einig. Der Verwaltungsrat hat dementsprechend heute die Präsidenten ermächtigt, den am 4. Juni fälligen Kredit in Höhe von 90 Mill. Dollar für 3 Monate zu erneuern.

Präsidentenwahl in Frankreich am Dienstag. Die französische Nationalversammlung, die die Wahl des neuen Präsidenten vorzunehmen hat, ist auf Dienstag nachmittag 2 Uhr nach Versailles einberufen worden. In der Wahl wird die bisherige Kammer, also die 1928 gewählten Abgeordneten, teilnehmen, da die Befugnisse der neuen Kammer erst am 1. Juni beginnen.

Kleine Chronik

„Graf Zeppelin“ befaßt sich auf seiner Heimfahrt am Sonntagabend gegen 9 Uhr zwischen den Cap Verdischen und Kanarischen Inseln.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat gegen den Arbeiter Jakob Weillacher einen Steckbrief erlassen, weil er dringend verdächtig ist, den Raubmord an der 67jährigen Schreinerwitwe Marie Abis in Weilheim verübt zu haben. Weillacher wurde früher auch mit dem Mord an den beiden Mannheimer Lehrerinnen auf der Weistannenhöhe im badischen Schwarzwald in Verbindung gebracht. Er treibt sich seit langer Zeit mit unbekanntem Ziel herum.

Die Beschlagnahme der Bücher des Bauhauses Bernheim, Blum & Co. in Berlin, hat der Zollabfindungsstelle Unterlagen gegeben, die den Umfang der riesigen Schiebung und den Kreis der daran beteiligten Mittelpersonen zu erkennen gestattet.

Im Riesengebirge und in den Vorbergen ist in der letzten Nacht zum Montag Schnee gefallen, der stellenweise bis zu acht Zentimeter hoch liegt. Heute früh herrschten auf dem Ramm acht Grad und auf den Vorbergen zwei Grad Kälte.

Der Maschinenarbeiter Labus aus Breslau hat sich heute in seiner Zelle im Gerichtsgefängnis in Dels (Schlesien) erhängt. Labus war vor kurzem wegen Ermordung einer Hausangestellten zum Tode verurteilt worden. Seine Revision gegen das Urteil wurde vom Reichsgericht verworfen.

In Lyon kürzten am Sonntag zwei an der Rhone gelegene Häuser plötzlich zusammen. Die Zahl der Opfer, die unter den Trümmern begraben worden sind, soll 38 betragen. Die Aufräumungsarbeiten werden ununterbrochen fortgesetzt.

Eine ungeheure Feuersbrunst hat den Bischofssitz von Valdivia (Chile) zerstört. Der Bischof selbst und mehrere andere Personen kamen dabei ums Leben.

Albert Thomas †. Der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, ist in Paris im 54. Lebensjahre plötzlich gestorben. Er war von Beruf Oberlehrer. Bereits früh trat er in die sozialistische Bewegung ein. 1910 wurde er in die Kammer gewählt, 1917 zum Munitionsminister und nach Beendigung des Krieges auf Vorschlag der französischen Regierung zum Leiter des Internationalen Arbeitsamtes ernannt. Thomas hat sich von Anfang an der Gewerkschaftsbewegung gewidmet.

Badischer Teil

„Ein Prozess, der keine Klarheit bringt“

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Zu dem unter dieser Überschrift in der nationalsozialistischen Tageszeitung „Der Führer“ (Folge 112 vom 8. Mai 1932) und in seinem Kopfbild „Der Alemanne“ (Folge 112 vom gleichen Datum) erschienenen Artikel wird amtlich mitgeteilt:

In dem genannten Artikel, der einen Bericht über den Verlauf des Strafverfahrens gegen den Hauptschriftleiter Dr. Wader vor dem Schöffengericht Karlsruhe am 7. Mai 1932 darstellt, wird u. a. ausgeführt:

„Zweiter Beweisanzug abgelehnt.“

Rechtsanwalt Napp stellt erneut einen Beweisanzug auf Vernehmung des

Staatspräsidenten Dr. Schmitt,

Kultusminister Dr. Baumgartner,

Innenminister Maier

Abg. Reinbold

sowie Auskunft darüber, daß in Karlsruhe Besprechungen stattgefunden haben, in denen separatistische Bestrebungen erörtert wurden. Der Gewährsmann dafür sei zuverlässig, so daß dieser Beweisanzug mit gutem Gewissen gestellt werden könne.“

In diesem Antrag wird den genannten Personen, darunter drei Mitgliedern der badischen Staatsregierung, in laum verhüllter Form der Vorwurf separatistischer Bestrebungen gemacht. Aus der in besonders auffälliger Weise ausgestatteten Überschrift des Artikels „Hauptbeweisanzüge abgelehnt“ und aus dem Fettdruck der Mitteilung geht zweifellos hervor, daß die Schriftleitung sich diesen Vorwurf zu eigen macht.

Es handelt sich hier um eine völlig haltlose Verdächtigung. Die genannten Personen erklären übereinstimmend, daß sie nie an Besprechungen teilgenommen haben, in denen separatistische Bestrebungen erörtert wurden.

Auf Grund des § 1 der 2. Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen sind der „Führer“ und der „Alemanne“ zur Ausnahme der obigen amtlichen Entgegnung auf ihre Ausführungen aufgefordert worden.

Einfuhrverbot für Wurst aus dem Ausland

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Die Einfuhr von Fleisch in luftdicht verschlossenen Büchsen oder ähnlichen Gefäßen, von Würsten und sonstigen Gemengen aus zerhacktem Fleisch in das Zollinland, ist nach § 12 des Reichsfleischbeschaugesetzes verboten. Dieses Verbot ist zum Schutze der Gesundheit der Bevölkerung erlassen worden, da eine ausreichende Untersuchung zerhackter Fleischmengen, insbesondere der Schweinefleisch enthaltenden Würste usw., auf das Vorhandensein von Trichinen, nicht möglich ist und daher mit dem Genuß solcher Fleischwaren stets die Gefahr von Gesundheitschädigungen verbunden ist.

Nach den gemachten Wahrnehmungen wird das Einfuhrverbot vielfach nicht beachtet. In diesen Fällen handelt es sich in der Regel um Sendungen, die Wurst enthalten und an im Inland wohnende Empfänger als Geschenk aus dem Ausland geschickt werden. Derartige zur Einfuhr in das Zollinland nicht zugelassene Sendungen müssen gegebenenfalls von den Zollbehörden zurückgewiesen und auf Kosten des Empfängers nach dem Ausland zurückgeschickt werden.

Abgesehen davon, daß dem Empfänger die ihm zugedachten Wurst- und Fleischwaren nicht ausgehändigt werden können, hat er dazu noch die Kosten ihrer Rücksendung an den Herkunftsort zu tragen. Zur Vermeidung von Unkosten und Weiterungen empfiehlt es sich daher, daß diejenigen, die solche Sendungen von ihren Angehörigen oder Geschäftsfreunden im Ausland etwa zu erwarten haben, diese auf das bestehende Einfuhrverbot besonders aufmerksam machen und sie anhalten, künftig von der Zusendung von Fleischwaren, die dem Einfuhrverbot unterliegen, Abstand zu nehmen.

Tagungen

Landestagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Zu der in Wertheim abgehaltenen Landesversammlung des Vereins für das Deutschtum im Ausland waren auch Vertreter des Unterrichtsministeriums und der VDA-Jugendarbeit erschienen. Die Tagung wurde mit einem „Deutschen Volksabend“ eingeleitet. In der Vertreterversammlung wurde darauf hingewiesen, daß die Organisation neuerdings engere Beziehungen zur Volksschule angeknüpft hat. Studienrat Rumpf (Berlin) sprach über die Bedeutung der deutschen Frau im Ausland für das deutsche Volkstum. Die nächste Landestagung findet in Laßz statt.

Kritik in der Friedensgesellschaft. Eine Vorstandssitzung des Badischen Landesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft in Freiburg hat sich mit der Gesamtlage der Organisation befaßt, mit der man in Kreisen der Gesellschaft nicht zufrieden ist. Es wurde von schweren Organisationsfehlern gesprochen und dabei vor allem die Haltung der Zeitung „Das andere Deutschland“ einer Kritik unterzogen. Der Bundesgeschäftsführer, Hauptlehrer Gabel, Karlsruhe, hat sein Amt niedergelegt.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 26 enthält Bekanntmachungen des Ministers des Innern über Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel; des Ministers der Finanzen: Vergleichende Darstellung der Voranschlagsätze und Rechnungsergebnisse für die Rechnungsjahre 1928 und 1929 und die Rechnungsnachweisung für das Rechnungsjahr 1929.

Aus der Landeshauptstadt

Korettofeiern — Sommertagszug. Sonntag vormittag fanden an den Denkmälern der Leibgrenadiere und Artilleristen (14er und 50er) Gedenkfeiern für die an der Korettohöhe gefallenen Kameraden statt. — Der Nachmittag brachte bei verhältnismäßig gutem Wetter den traditionellen Sommertagszug, an dem gegen 3000 Schulkinder teilnahmen. Eine große Menschenmenge umfängte die Straßen und freute sich an den hübschen Gruppenbildern. Auf dem Stadtpark wurde schließlich der Winter verbrannt. — Danach ehrte man die Hausfrau und Mutter durch eine würdige Feier im dichtgefüllten großen Festhallsaal. — Am Scheffelsdenkmal versammelten sich wie alljährlich der Gesangsverein Concordia, und durch Rede und Lied unserer heimischen Dichter Viktor von Scheffel zu feiern.

Der Verleumdungsprozess des Abg. Dr. Föhr gegen Schriftleiter Dr. Wader. Wie gemeldet wird, wird Schriftleiter Dr. Otto Wader gegen das auf 5 Monate Gefängnis lautende Urteil des Schöffengerichts Berufung einlegen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montagmorgen: Der allgemeine Witterungscharakter hat sich im Laufe des Sonntags etwas gebessert. Fast den ganzen Samstag hindurch fiel noch anhaltend Regen. Sonntag vormittag ließen die Niederschläge jedoch im Norden des Landes nach, am nachmittag blieb es hier bei zeitweiliger Aufhellung anhaltend trocken. Südbaden hatte dagegen noch zeitweise Regen. Über England liegt noch eine Teilstörung, die uns gelegentlich leichtere Niederschläge bringen kann. Im allgemeinen besteht jedoch jetzt die Neigung zu etwas beständigem Wetter. Voraussage: Veränderlich, zeitweise noch leichter Regen und etwas aufsteigende Westwinde. Temperaturen wenig verändert.

Wasserstände: Waldsüt 312 plus 18, Basel 131 plus 19, Schutterinsel 193 plus 20, Rehl 323 plus 25, Maxau 514 plus 32, Mannheim 394 plus 50, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Immatrikulationsfeier in Heidelberg

Dr. Seidelberg, 9. Mai. Zur altberühmten Ersten feierlichen Immatrikulation versammelten sich etwa tausend neue Studierende, diesmal im Festsaal der Neuen Universität, der bisher diesem Zweck noch nicht gedient hatte. Der Rektor der Universität, Prof. Dr. Erdmannsdorffer, hielt die Eröffnungsrede als Kommissar der ältesten deutschen Hochschule herzlich willkommen. Der Rektor stellte zum Schluß in Aussicht, daß in absehbarer Zeit wieder eine Organisation der Heidelberger Studentenschaft geschaffen wird, von der er hoffe, daß sich in ihr alle Teile der Studentenschaft zu gemeinsamer und positiver Arbeit zusammenschließen würden. Mit dem Freugelobnis an die Universität in Gestalt des Handschlags durch zwei Vertreter der Studentenschaft schloß die Feier. Die Zahl der neu eingeschriebenen Studierenden ist, obgleich eine abschließende Zahl noch nicht gegeben werden kann, auf jeden Fall wieder so hoch, daß ein Rückgang gegenüber dem vorigen Sommersemester nicht anzunehmen ist.

Nationalsozialistische Demonstrationsversuche

W.D. Heidelberg, 8. Mai. Gegen das in Baden bestehende Verbot politischer Umzüge unter freiem Himmel vertriehen heute vormittag Angehörige der NSDAP bzw. der aufgelösten SA, indem sie auf dem Heiligenberg, und zwar in den Ruinen der Michaelsbasilika, zu einer Versammlung zusammenkamen. Die Polizei belam hieron Kenntnis und verhinderte die Durchführung der Versammlung. Gegen Mittag trafen sich die Teilnehmer auf dem Univeritätsplatz, sangen Kampflieder und bildeten Sprechchöre. Die Polizei schritt abermals ein und löste die Ansammlungen auf, wobei verschiedentlich mit dem Gummihüpfel vorgegangen werden mußte. 23 Demonstranten wurden festgenommen und nach Feststellung ihrer Personalien wieder auf freien Fuß gelassen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	9. Mai		7. Mai	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	170.88	171.22	170.93	171.27
Kopenhagen 100 Kr.	84.67	84.83	84.42	84.58
London 100 £	21.71	21.75	21.70	21.74
Paris 100 Fr.	15.47	15.51	15.45	15.49
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Brüssel 100 Fr.	16.61	16.65	16.61	16.65
Schweden 100 Kr.	82.27	82.43	82.22	82.38
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Braun 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die Großhandelsindexziffer ist mit 97,7 gegenüber der Vorwoche um 0,5 Proz. zurückgegangen.

Der Vorkauf des „Kreditabkommens für deutsche öffentliche Schuldner 1932“ wird im Reichsanzeiger im deutschen und englischen Wortlaut bekanntgegeben. Das Kreditabkommen ist am 27. April 1932 in Kraft getreten.

Mannheimer Hafenverkehr im April

Der Wasserstand des Rheins wie des Neckars war im Berichtsmonat für die Schifffahrt nicht ungünstig, aber es fehlte an Schiffsfrachten. Der Rheinpegel bewegte sich im Berichtsmonat zwischen 332 und 260 Zentimeter, der des Neckars zwischen 356 und 281 Zentimeter.

Die Zahl der stillliegenden Fahrzeuge hielt sich gegenüber dem Vormonat annähernd auf gleicher Höhe. Stillgelegt waren Ende April d. J. 105 Fahrzeuge mit einer Tragfähigkeit von 108 434 Tonnen.

Der Gesamtumschlag betrug 337 003 Tonnen (i. V. 337 104 Tonnen), gegenüber dem Vormonat weniger 16 145 Tonnen.

Rheinverkehr:
Ankunft: 273 Güterboote und 661 Schleppfähne mit 252 641 Tonnen.

Abgang: 276 Güterboote und 696 Schleppfähne mit 58 670 Tonnen.

Neckarverkehr:

Ankunft: 3 Güterboote u. 64 Schleppfähne mit 13 919 Tonnen.

Abgang: 4 Güterboote u. 91 Schleppfähne mit 11 773 Tonnen.

Auf den Handelshäfen entfallen: Ankunft 147 952 Tonnen, Abgang 56 016 Tonnen; auf den Industriehäfen: Ankunft 58 386 Tonnen, Abgang 9599 Tonnen; auf den Rheinauhäfen: Ankunft 60 222 Tonnen, Abgang 4828 Tonnen.

Der in obigen Zahlen enthaltene Umschlag von Hauptschiff zu Hauptschiff betrug auf dem Rhein 43 351 Tonnen, auf dem Neckar 24 917 Tonnen.

Auf dem Neckar sind 28 direkte und 2 Lokalfähne abgegangen. An Güterwagen wurden während des Berichtsmonats gestellt: im Handelshafen 9205, im Industriehafen 7226 und im Rheinauhafen 6795 10-Tonnen-Wagen.

Portland-Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart. Die Gesellschaft erzielte in dem am 31. Dezember 1931 abgelaufenen Geschäftsjahr einen Bruttogewinn von 5 215 809 RM, gegenüber 7 215 200 RM im Vorjahre. Für Handlungsunlosten wurden 1 274 464 RM, für Steuern und Umlagen 841 946, soziale Abgaben, Pensionen, Unterhaltungen 514 373 Reichsmark und für Abschreibungen auf Anlagen und Beteiligungen 1 497 986 (1 610 896) RM. ausgegeben, so daß ein Reingewinn von 1 087 060 RM. gegen 2 071 896 RM. im Vorjahre verbleibt. Der Generalversammlung wird eine Dividende von 4 (7) Proz. auf Stammaktien und 5 (5) Proz. auf Vorzugsaktien vorgeschlagen, 50 000 (100 000) RM. dem gesetzlichen Reservefonds zuzuführen und den Rest von 117 018 Reichsmark auf neue Rechnung vorzutragen. In der Bilanz stehen (in 1000 RM.) Immobilien 5924, Beteiligungen 13 309, Das Aktienkapital beträgt 80 100 wie im Vorjahre, der Reservefonds beläuft sich auf 1828, Gläubiger 2839.

Enginger Unionwerke, Mannheim. Nach ordentlichen Abschreibungen von 160 000 RM. gegenüber Gesamtabschreibungen von 326 000 RM. i. V. schließt das Geschäftsjahr 1931 mit einem Reingewinn von 235 000 (457 000) RM. ab. Der Generalversammlung am 2. Juni wird eine Dividende von 4 gegen 7 v. S. vorgeschlagen. Um das Grundkapital dem schrumpfenden Geschäftsgang anzupassen, hat sich die Gesellschaft entschlossen, das Aktienkapital, nachdem es bereits im Vorjahre um 1 Mill. RM. reduziert wurde, um weitere 500 000 Reichsmark auf 4,7 Mill. RM. herabzusetzen. Soweit die Aktien nicht bereits am freien Markt aufgekauft wurden, werden sie von den Emissionsbanken unter gleichzeitigem Aufruf an die Aktionäre zu einem Kurs von 53 einschließlich Dividende für 1931 zur Verfügung gestellt.

Staatsanzeiger

Verordnung

des Präsidenten des Landesarbeitsamts Südbadens über Personentkreis und Dauer der Krisenfürsorge.

Vom 7. Mai 1932.

Auf Grund des Erlasses des Herrn Reichsarbeitsministers über Personentkreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 (Reichsarbeitsbl. 1930, I S. 221) bestimme ich folgendes:

In Abschnitt I Ziff. 4 meiner Verordnung vom 18. November 1930 (Württ. Staatsanzeiger Nr. 267, Bad. Staatsanzeiger Nr. 266) in der Fassung vom 20. Oktober 1931 (Württ. Staatsanzeiger Nr. 247, Bad. Staatsanzeiger Nr. 246) werden die Worte: „14. Mai 1932“ durch die Worte: „2. Juli 1932“ ersetzt.

Stuttgart, den 7. Mai 1932.

R. Lin.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Kraft Gesetzes in den Ruhestand getreten: Oberregierungsrat Dr. August Fehsenmeier beim Ministerium des Innern in Karlsruhe auf 1. Juli 1932.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Auf Ansuchen in den einstweiligen Ruhestand versetzt: Rektor Adam von Au in Mannheim.

Gestorben:

Der ordentliche Honorarprofessor für Mathematik an der Universität Heidelberg, Geh. Hofrat Dr. Carl Kochler; der außerordentliche Professor an der Universität Heidelberg, Dr. Franz Dohrow.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres mit Wirkung vom 1. Mai 1932 werden befördert: zum Generalstabsarzt: Generalarzt Dr. Flugmayer, Gruppenarzt des Gruppenkommandos 1; zum Generalarzt: Dr. Handloser, Divisionsarzt der 5. Division.



Mühlen Franck
zu jedem Kaffee



Machen Sie
einen Versuch!

Zu jedem Kaffee — ganz gleich, ob Bohnenkaffee, Malzkaffee, Kornkaffee oder selbstgeröstetes Getreide — gehört die gute Kaffeewürze Mühlen Franck. Das Kaffeetrink bekommt dann mehr Kraft, Farbe und Wohlgeschmack und wird überdies billiger, weil man bedeutend weniger Kaffee braucht!



